

Hallo in die Runde,

Wie ich in meinem Papier deutlich gemacht habe, leben wir nicht nur in hochgefährlichen, sondern auch in ausgesprochen absonderlichen Zeiten:

In der Politik sind Freund und Feind nur schwer zu unterscheiden. Der Heilige Vater ruft zu Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland auf. Er wird beschimpft. Kaum einer unterstützt ihn. Er gibt irgendwie klein bei. Antifaschismus ist plötzlich schicklich geworden. Kriegspolitiker treten als Antifaschisten auf. Bundeskanzler Scholz äußert Bedenken gegen die Lieferung von Taurus und die Entsendung von Bodentruppen in die Ukraine. Die Bildzeitung vom 12. März titelt: „Kanzler verbreitet Angst und Schrecken ... Für Putin ein Fest.“

Mit allen Mitteln wird versucht, das Volk dazu zu bringen, Sicherheit als eine Frage von immer mehr Waffen und Soldaten zu betrachten. Negiert wird die Erkenntnis, dass Sicherheit nur gemeinsame Sicherheit sein kann. Ohne die Bereitschaft zum Kompromiss, ohne die Bereitschaft, die Sicherheitsinteressen der anderen Seite zu beachten und zu achten, geht es nicht. Konträr dazu vollzieht sich eine bellizistische Politikwende in Richtung Kriegstüchtigkeit und Hochrüstung.

Notwendig ist eine Massenbewegung, die sich dagegenstellt. Sie ist bisher nicht vorhanden.

Bertold Brecht lehrte 1934 im „Lob der Dialektik“, „wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein“. Was aber, wenn, wie heute, eine Mehrheit ihre Lage gar nicht zu durchschauen vermag?

- weil die Regierungs- und Medienpropaganda mit ihren Täuschungen so übermächtig ist,
- weil es so schwierig geworden ist, von bedrückenden politischen Erscheinungen wie denen des Ukrainekrieges zu den geopolitischen Zusammenhängen vorzudringen,
- weil sich nur wenige eigene Gedanken machen, z. B. darüber, warum die Aktien des Rüstungskonzerns Rheinmetall seit Anfang 2022 auf das Vierfache gestiegen sind.

Innerhalb von drei Wochen (von Ende Januar bis Mitte Februar) gingen nach der FAZ vom 16. Februar 2024 3,2 Millionen Menschen auf die Straße. Ihre Hauptlosung war „Nie wieder Faschismus“. Von „Nie wieder Krieg“ war kaum die Rede.

Damit läuft gegenwärtig die größte Massenmobilisierung in der deutschen Geschichte der letzten 80 Jahre: allerdings nicht gegen, sondern für die Regierenden. Millionen gehen auf die Straße gegen eine faschistische Gefahr, die es gar nicht gibt. Tatsächliche Gefahren bleiben verborgen.

Die Demonstrationen der letzten zwei Monate haben mit dazu beigetragen, dass der Kriegsertüchtigungskurs (nach dem ZDF-Politikbarometer vom 23. Februar) von 72 Prozent der Befragten befürwortet wird. Politikfähig geworden ist selbst der Ruf nach mehr Mitbestimmung Deutschlands über die Atomwaffen in Europa.

Ich sehe vier Probleme, über die im Besonderen nachgedacht werden muss:

Erstens geht es um den Charakter, um die genauen Merkmale der von statten gehenden Politikwende.

Zweitens brauchen wir Klarheit darüber, ob es tatsächlich eine akute faschistische Gefahr gibt, was Faschismus ist und was er nicht ist.

Drittens ist zu klären, was die AfD für eine Partei ist und wie das internationale Phänomen des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien einzuschätzen ist.

Viertens können wir nicht über Faschismus und Kriegsertüchtigung reden, ohne über den Charakter und die Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie Grundsätzliches zu sagen.

Erstens: Zu der vor sich gehenden Politikwende

Hauptmerkmal dieser Wende ist aus meiner Sicht:

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts erleben wir nun zum vierten Mal eine politische Weichenstellung hin zur Vorbereitung auf einen großen Krieg: Das war so vor 1914, nach 1933 und Ende der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Die ersten beiden Vorbereitungen endeten in einem Weltkrieg.

Im Unterschied zu 1933 ff. (damals hieß es „Wehrhaftmachung“) erfolgt die neue Hochrüstungsrunde nicht als Resultat einer Faschisierung, sondern als *Kriegsertüchtigung im Rahmen der parlamentarischen Demokratie*. Sie vollzieht sich nahezu unbemerkt und mit viel Zustimmung im Schatten der Kampagne „Nie wieder Faschismus“. Der Schwur, nach 1918 und nach 1945, „Nie wieder Krieg“ ist vergessen.

Heute, im Jahre 2024 stehen wir vor einer zweifachen Entscheidungssituation, die beide ihre Eigenständigkeit haben:

Zum einen: Das Jahr 2024 ist ein Entscheidungsjahr im Ukrainekrieg. Die militärische Lage erzwingt eine Entscheidung, ob es zu einer Verhandlungslösung kommt oder zu einer Eskalation in der Weise, dass der Ukrainekrieg offen als Weltordnungskrieg von USA und NATO auch mit Bodentruppen der NATO weitergeführt wird.

Nach dem ehemaligen 13. Generalinspekteur der Bundeswehr Harald Kujat kann und wird es ein weiter so nicht geben (NachDenkSeiten vom 17. Februar 2024). Eine „Pattsituation“ gebe es in der Ukraine nicht mehr. Die Ukraine sei, so Kujat, strategisch in der Defensive und sie könne aus dieser Defensive nicht mehr herauskommen.

Zum anderen: die Bundeswehrreform in Richtung Kriegsertüchtigung ist bereits gelaufen. Sie geht weiter und ist nur noch schwer zu stoppen. Der Kampf dagegen kann Jahre dauern.

2017, vor sieben Jahren, beliefen sich die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik auf 37 Mrd. Euro. Im Jahre 2024 sind es 52 Mrd. Euro aus dem Verteidigungshaushalt plus 19,8 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen Bundeswehr. Zusammen sind das rund 72 Mrd. Euro. Außerdem gehen noch sieben Mrd. € „Militärhilfe“ an die Ukraine. Für Rüstung und Krieg sind das dann insgesamt 79 Milliarden Euro. 2025 sollen nach Verteidigungsminister Pistorius noch fünf Milliarden dazu kommen. Kein Wunder, dass der Sozialstaat bluten soll.

Zweitens: Zur Faschismusgefahr.

August Thalheimer ging 1928 in seiner „Denkschrift“ zum Faschismus für die Kommunistische Internationale davon aus (und das sollten wir auch tun), dass der Faschismus „ein in vielen Farben schillerndes ... Objekt“ ist, das „auf dem ersten Hieb (nicht) vollständig und richtig“ hinsichtlich „seiner wesentlichen Züge“ erfasst werden kann. (August Thalheimer, Ueber den Faschismus, in Gegen den Strom, 3/1930, S. 28) Verwiesen wurde außerdem schon damals (unter anderem vom sowjetischen Außenminister Georgi Tschitscherin) darauf, dass es falsch ist, alles Reaktionäre als faschistisch zu bezeichnen. Faschismus ist keine bloße Steigerung reaktionärer politische Praktiken und reaktionärer politischer Ideologien. Wer dies anders sieht, kann die Fronten nicht klären, weil reaktionäre Praktiken und Ideologien (rassistische und völkische) auch in der bürgerlichen

Demokratie sich verstärken können. Thalheimer mahnte, und das gilt auch für heute, „ohne die äußerste theoretische Exaktheit laufen wir in Gefahr, in die größten praktischen Schwierigkeiten und Fehler zu verfallen.“

Die Faschismusdebatte begann 1923 und sie dauerte 12 Jahre. An ihr beteiligten sich unter anderem Clara Zetkin, August Thalheimer, Carl von Osietzky, Rudolph Hilferding, Heinrich Mann, Otto Bauer, Arthur Rosenberg, Georgi Dimitroff und Hans Günther. Mit dem Referat von Georgi Dimitroff und dem Buch von Hans Günther „Der Herren eigener Geist“ fand sie 1935 erst einmal einen gewissen Abschluss. Die wichtigste Erkenntnis war: Der Faschismus umfasst eine Reihe von konstanten Merkmalen, deren Beachtung unabdingbar ist, wenn man ihn wirksam bekämpfen will.

Ich nenne drei dieser unabdingbaren Merkmale:

Zum einen:

Faschismus ist zweierlei: Er ist politische Bewegung und er ist Staatsform bzw. eine offene Diktatur. Eine politische Massenbewegung ist dann faschistisch, wenn ihre Führung eine offene Diktatur schaffen und die bürgerliche Demokratie als Staatsform beseitigen will.

Zum anderen:

Die Besonderheit des Faschismus als Staatsform, als offene Diktatur im Unterschied zur Militärdiktatur ist, wie an den Beispielen Italien und Deutschland deutlich geworden war, seine Massenbasis. Hans Günther schrieb: Faschismus ist ein „Schreckenregiment *gegen* die Massen ... *mit Hilfe* der Massen errichtet.“ (Ausgabe: Berlin und Weimar 1981, S. 63)

Schließlich: Man kann nicht, wie Max Horkheimer es 1935 formulierte, „vom Faschismus reden, aber vom Kapitalismus schweigen“. Der deutsche Faschismus war nicht nur Herrschaft der Naziclique. Er war eine offene Diktatur des Großkapitals. Die von dieser Naziclique geschaffene „Massenhegemonie“ führte ein „Kräfteverhältnis herbei, das wiederum das Großkapital bewegte, dem F die Staatsmacht zu übertragen.“ (Carlos Ibarra, Stichwort Faschismus (F), Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 4, Herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug, Hamburg 1981, S. 161)

Der Faschismus in den Jahren 1922 ff. war die Reaktion des Großkapitals und eines Teils der politischen Klasse auf eine geschichtliche Situation, die von einer Doppelkrise gekennzeichnet war: von einer existentiellen Krise des Kapitalismus (dem Sieg der sozialistischen Revolution in Russland) und einer Funktionskrise der bürgerlichen Demokratie. Der historische Faschismus war darauf aus, den Kapitalismus mittels einer Beseitigung der demokratischen Rechte und Grundsätze zu stabilisieren.

Drittens: Zur AfD.

Aus der Sicht dieser Merkmale (Befürwortung einer offenen Diktatur, Streben nach Massenhegemonie, politische Entscheidung des Großkapitals für eine Übertragung der Macht an die Faschismusclique) ist die AfD offenkundig keine faschistische Partei. In der Bundesrepublik gibt es keine akute faschistische Gefahr.

Immer wieder kommt es bei der AfD allerdings zur Enttarnung von Neonazis unter ihren Politikern und Mitarbeitern. Planungen, eine offene Diktatur zu errichten, sind dagegen nicht erkennbar. Nicht zu übersehen ist: Die AfD ist eine rechtspopulistische Partei mit neonazistischen Einsprengseln und einen starken völkischen Flügel, wie es sie ähnlich auch in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern gibt. Sie tritt für die Beseitigung des Asylrechts und für eine neoliberale Wirtschaftspolitik

ein. Sie erklärt immer wieder, mitregieren zu wollen, möglichst zusammen mit den Unionsparteien CDU und CSU. Wenn sie das aber will, ist ihr Eintreten für friedliche Beziehungen zu Russland letztlich Täuschung, denn mit der CDU/CSU ist eine solche Politik nicht zu machen. Um die politische Rolle der AfD im Rahmen der bestehenden Staatsform besser zu verstehen, bedarf es allerdings weiterer Analysen und Debatten. Dabei darf nicht unbeachtet bleiben, dass 81 Prozent der Anhänger dieser Partei nach Meinungsumfragen gegen Waffenlieferungen an die Ukraine sind.

Viertens: Zum Zustand der parlamentarischen Demokratie:

Meine Grundposition ist: Das Monopolkapital will heute die parlamentarische Demokratie nicht beseitigen: „Wieso sollte es denn? – schreibe ich in meinem Papier.“

Gerade die letzten Monate haben gezeigt, dass mit der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik eine politische Form der Kapitalherrschaft existiert, die heute für politische Täuschungen (vor allem über den mittlerweile eingeschlagenen Kurs der Kriegsertüchtigung) sehr geeignet ist. Die bestehende Staatsform der parlamentarischen Demokratie verfügt außerdem über ideologische und repressive Staatsapparate mit durchaus diktatorischen Strukturen. Gerade mittels ihrer Institutionen wurde der Meinungskorridor in der letzten Zeit deutlich eingeeengt. Ernsthafte Kritik an Israels Kriegsführung in Gaza ist antisemitisch. Forderungen nach dem Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine signalisieren Putinnähe. Die Regierenden zählen das alles zur „abwehrbereiten Demokratie“.

Nach 1945 liefen die Dinge für die Staatsform der parlamentarischen Demokratie grundlegend anders als in der Weimarer Republik. Die politische Stabilisierung der Kapitalherrschaft wie auch der kapitalistischen Gesellschaft vollzog sich im Rahmen und mit Hilfe dieser Staatsform. Es entstand, wie Johannes Agnoli schrieb, ein „Mechanismus ... , der antagonistische Konflikte so weit wie möglich politisch ‚irrelevant‘ macht und plurale Interessenkonflikte staatlich kontrolliert und befriedet.“ (Zitiert nach: Ekkehard Lieberam, 100 Jahre Faschismusdebatte, Bergkamen 2023, S. 87)

Die parlamentarische Demokratie zeigte dabei eine enorme Integrationskraft.

- Es entwickelte sich ein sozialstaatlicher Klassenkompromiss, der den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit abmildert.
- Es entstand ein politisches Frühwarnsystem: Wahlen und demokratische Bewegungen signalisierten den Regierenden, wann der Staat als Reparaturbetrieb des Kapitalismus oder als Institution der Gewalt aktiv werden muss.
- Die Gewerkschaften konnten deutlich geschwächt werden.
- Der Klassenantagonismus verschwand bis zur deutschen Vereinigung aus dem Bundestag und den Landtagen.
- Das Wahl- und Parteiensystem erwies sich als tauglich, um die Sozialdemokratie voll in den herrschenden Politikbetrieb einzuordnen und systemoppositionelle Parteien in wenigen Jahren zu zähmen.

Mit dem Rückbau der politischen Klassenbildung und dem Entstehen einer „demobilisierten Klassengesellschaft“ wurde die parlamentarische Demokratie zu einer im Grossen und Ganzen funktionierenden politischen Form der Kapitalherrschaft. Im Unterschied zu Weimar, wo die parlamentarische Demokratie zur „*Umwälzungsform der bürgerlichen Gesellschaft*“ in Richtung Sozialismus zu werden drohte, wurde sie in der Bundesrepublik zur „*konservativen Lebensform*“ dieser Gesellschaft. (Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW, Band 8, Berlin 1978, S. 122) Nicht auszuschließen ist, dass die politischen Zustände in einigen Jahren oder Jahrzehnten wieder so wie in Weimar werden. Aber für heute gilt: Wieso soll das Großkapital die parlamentarische Demokratie als funktionierende Form ihrer Herrschaft beiseitelegen?